

Jour fixe vom 13.11.17 – Katalonien

Wir wollen das Thema wie folgt diskutieren:

1. Wie treten die Parteien, die Regierung und die Separatisten gegeneinander auf und was führen sie ins Feld? Welche Schlüsse lassen sich auf die Art und Weise, wie demokratische Herrschaft funktioniert, wie der Wille des Volkes vorkommt und was da Wille des Volkes heißt, ziehen?
2. Welche Gründe werden von den katalanischen Politikern angeführt, weshalb nur eine Separation noch Sinn macht? Diese Gründe werden öffentlich gewürdigt, verständnisvoll oder ablehnend. Zu fragen ist, wie ist ihre Logik?
3. Worum geht es wirklich? Was ist die Sache, die verhandelt und ausgetragen wird, und wie steht das Verfahren, dessen sich die Parteien bedienen, um ihren jeweiligen Zweck zu erreichen, zu dieser Sache?
4. Welche Rolle spielt bei diesem Streit die EU?

*

— *Die spanische Regierung argumentiert, eine Abspaltung sei durch die Verfassung verboten und nur eine Minderheit habe in der ungesetzlichen Abstimmung zugestimmt.*

Entsprechend sahen die Maßnahmen, die sie ergriffen hat, aus: Verbote und Behinderungen von Abstimmung und Parlamentsbeschlüssen. Die spanische Regierung sagt, sie sei gezwungen, per Gesetz so zu handeln, weil sie dazu da sei, die Verfassung zu schützen, und das tue sie nicht aufgrund ihres politischen Willens, sondern sie beruft sich darauf, dass die Verfassung als Grundlage des Willens des spanischen Volkes existiert und dieser maßgeblich ist für das Handeln der Regierung. Der Wille des Volkes ist die Berufungsinstanz, dass die Maßnahmen der Regierung nicht nur dem Gesetz entsprechen, sondern legitim sind und die einzige Legitimität, die es geben kann, für sich haben.

— *Aus diesem Grund verweist sie auch darauf, dass die katalanische Regionalregierung eine Unterabteilung der Einheit Spaniens ist. Auf dieses juristisch geregelte funktionelle Verhältnis wird im Namen der Verfassung verwiesen.*

Der Wille des Volkes ist die Berufungsinstanz für die Herrschaft, die über das Volk ausgeübt wird. Über die Verfassung ist dieser Wille von der Herrschaft selbst ins Werk gesetzt und zugleich als etwas Höheres, über ihr Stehendes Argument dafür, dass die Regierung so handeln muss. Ein höherer Auftrag für die Herrschaft, der höhere Wille, den die Herrschaft sich zu eigen macht und durchsetzt gegenüber jedem, der etwas anderes will.

In der Verfassung ist der Wille des Volkes als Recht der Nation gefasst, Recht der Nation auf territoriale Integrität und Einheit. Gegenüber der Regierung ist die Verfassung so etwas wie eine Pflicht setzende Instanz.

Was das Volk dabei zu sagen hat, ist auch in der Verfassung festgelegt, nur in dem Rahmen des dort niedergelegten Herrschaftswillens hat es sich zu betätigen und ist es maßgeblich, wenn es sich in Wahlen entscheidet, wem es die Stimme für die Regierungsbildung gibt.

Das ist die verfassungsrechtliche Konstruktion des höheren Rechts, aus der die Regierung ihren Auftrag ableitet, *ihre* Fassung von Regierungsauftrag, die nicht identisch ist mit der früherer Regierungen. Die Kompromisslosigkeit, mit der die spanische Regierung auftritt, ist in dem verfassungsrechtlichen Auftrag miteingekauft.

Die Art, anzutreten und zu sagen, man kann nicht anders, man muss durchsetzen, dass das gilt, was erlaubt ist, und alles andere, was verboten ist, verhindert wird – diese Art, sich als Auftragnehmer einer höheren Instanz darzustellen, ist nicht die Wahrheit der Sache. Wer macht denn Recht und Gesetz? Wer hat die Macht zur Änderung oder zur Auslegung der Verfassung? Das sind **die** Regierungen, die jetzt verkünden, sie könnten nicht anders. Das eine ist, wie sich die Regierung legitimiert, ihren Willen als Verpflichtung darstellt, aber die Wahrheit ist, dass sie *ihre* Interesse in Form von Recht und Gesetz aufschreibt und gegen alle anderen geltend macht. Wer in das eigene Gesetzbuch hineinschreibt, Referenden, die in einer Region stattfinden, sind verboten, kann sich prima darauf berufen, dass die verboten sind.

— *Der Wille des Volkes ist also eine staatliche Definition, die in Recht und Gesetz festgelegt ist und die Äußerung des Volkes ist im Staatsstatut mit drin und nicht ein Wille, den einer oder viele haben.*

Auch die Separatisten berufen sich auf den Willen des Volkes. In welcher Reihenfolge kommt bei denen Wille des Volkes und Recht und Ordnung vor? Sie behaupten, dass sie als Repräsentanten des eigentlichen Willen des Volkes der Katalanen (nicht der Spanier) über dem stehen, was als Verfassung des spanischen Staates existiert und für sie verbindlich gemacht wird.

— *Sie sagen, der Wille des Volkes wird missachtet. Puigdemont tritt auf als Amtsträger; der als solcher den Willen der Katalanen repräsentiert, gegen eine zu Unrecht bestehende Verfassung mit Katalonien als Teil Spaniens.*

— *Da tritt derselbe Wille des Volkes polemisch gegen die bestehende Verfassung auf als Auftrag dazu, dass dieser Wille des Volkes sehr viel höher stehen muss als die spanische Verfassung, diese außer Kraft setzt und sich eine eigene Verfassung gibt.*

Wer ist denn bei beiden das Volk?

— *Das Volk ist die Einheit, die von beiden Seiten der Herrschaft definiert wird. Auch der Abspaltungswille, der sich auf das katalanische Volk beruft, sagt, worin es besteht und was sein Anliegen ist, nämlich, einen eigenen Staat zu haben.*

Beide definieren das Volk und seinen Willen. Was in Anschlag gebracht wird, ist das, was die Politik mit dem, worauf sie sich beruft, anstellen will und wozu sie es benutzen will, sich zuordnen will.

— *Im einen Fall wird der Katalane definiert als einer, den auszeichnet, dass er nicht zu Spanien gehört, im anderen Fall ist er Teil von Spanien, Teil des Gesamtvolkes und als solcher anerkannt.*

Es ist also absurd, wenn die Öffentlichkeit immer verständnisvoll davon ausgeht, dass ein Volk sich unterdrückt fühlt. Sie macht sich nicht klar, was das ist, was als Volk auftritt.

— *Die Redeweise „die Katalanen wollen ...“ ist selbstverständlich, obwohl diese Katalanen zumindest zweimal herumlaufen!*

Ja, jeden Abend wird von Demo und Gegendemo berichtet und es wird immer von **den** Katalanen gesprochen. Das heißt aber nicht, dass man es so oder so sehen kann oder der katalanische Wille vielleicht ein anderer ist oder zumindest zweigeteilt. Die Berufung auf den Willen des Volkes ist nicht deren Sichtweise, sondern die Regionalregierung tut alles dafür, dass sich der sog. Wille des Volkes als das bewährt, wofür sie ihn in Anspruch nimmt. Sie weiß, was sie will, und hat nicht beim Volk nachgefragt, das gesagt hat, es möchte die Abspaltung, sondern andersherum haben die Politiker ein separatistisches Programm auf die Tagesordnung gesetzt und berufen sich dabei erstens auf den Willen des Volkes und zweitens bemühen sie sich darum, dafür das katalanische Volk, wie sie es definieren, in die Pflicht zu nehmen. Das Referendum steht dafür, dass sie die Massen mobilisieren wollen, damit sie ihnen das Votum liefern, auf das sie sich dann wieder berufen können, das sie berechtigen und gegenüber der Zentralregierung stärken soll, ihr separatistisches Programm zu verfolgen.

— *Gegen diese Agitation ist es kein Gegenargument zu sagen, das Volk will sich separieren, weil sich das Volk zu keinem anderen Inhalt als dem Programm, einen Staat zu gründen, bekennt.*

Der Wille des Volkes ist gefragt als Zustimmung zu dem Programm, für das er vereinnahmt und gebraucht wird. An der Art und Weise, wie dieser Separatismus sich legitimiert, ist ein Widerspruch festzuhalten: zum einen behauptet er, er würde den Willen des katalanischen Volkes repräsentieren und pocht insofern auf die Einheit des katalanischen Volkes und zum anderen ist die Art und Weise, wie er die Legitimierung als Wahl inszeniert, eine Abstimmung, in der mit knapper Mehrheit die Hälfte des gefragten Volkes die gefragte Zustimmung abliefern. Beides, das demokratisch korrekte Verfahren und der Wille der Katalanen wird gleichermaßen als Grundlage für den legitimen Anspruch gegen Spanien genommen.

— *Die Parteien treten mit dem Programm der Separation an und führen das Referendum durch, um die Zustimmung zu bekommen und sich dann auf diesen Willen des Volkes zu berufen ...*

Und ihrer Position praktisch Gewicht zu verleihen, gegenüber der Zentralregierung darauf zu deuten, dass die Leute trotz Verbot zur Urne gehen und sich für sie aussprechen.

— *Das Wahlergebnis soll den Willen des katalanischen Volkes ausdrücken. Der Widerspruch ist, dass der Wille des Volkes zugleich das ist, was Barcelona als diesen Willen verstehen will. Im Parlament zu verkünden, wir müssen die Unabhängigkeit erklären, weil das Volk sich für die Unabhängigkeit entschieden hat, und gleichzeitig die Unabhängigkeitserklärung um eine Woche hinauszuschieben.*

— *Im Referendum wird die Einheit des Volkes dementiert, insofern es sich bei diesem nur als Mehrheit betätigt.*

Da ist nichts dementiert, wenn die Regierung ein Referendum ansetzt und von vorneherein die Sache so konstruiert ist, dass auf jeden Fall herauskommt, das katalanische Volk will die Abspaltung. Das Stattfinden selber – egal wie viel teilnehmen – ist schon der Erfolg und die übergroße Mehrheit der Teilnehmenden spricht sich für die Separation aus.

— *Empirisch sagt nur eine knappe Mehrheit, das wollen wir, die andere Hälfte sagt Nein dazu. Damit ist die Einheit aller Katalanen, die alle dafür sein sollen, dementiert.*

— *Das hat seinen Grund darin, dass dieses Staatsgründungsprojekt die Leute, die dort wohnen, polarisiert. Das ist das Dementi der Einheit des Volkes und der oben genannte Widerspruch.*

— *Dass das spaltet, ist die eine Sache. Die andere ist, dass das, worauf sich die katalanische Führung beruft, von ihr erstens inhaltlich definiert ist, zweitens hergestellt ist und drittens im Verfahren der Abstimmung entsprechend abgerufen wird. Insofern kann es dadurch nicht dementiert werden. Das ist ein Widerspruch, der das katalanische Volk spaltet, aber ein Widerspruch ist etwas anderes als ein Dementi.*

— *Die Spaltung wird dadurch geheilt, dass es ein Wille zur Herrschaft ist, und die ist dann dafür zuständig, die Einheit des katalanischen Volkes und seiner Regierung herzustellen. Sonst wäre es nicht Herrschaft.*

Aber das Entscheidende ist, dass die Herrschaft sich auf den übergeordneten Willen beruft, dem sie sich nur als Exekutor zur Verfügung stellt. Von der Demokratie in ihrem Normalzustand her gesehen, ist es hier genau die Umdrehung des Verfahrens der Regierung. Die sagt, der Wille der Herrschaft steht fest und das Volk darf sich im Rahmen dessen, wie es von der Verfassung vorgesehen ist, betätigen und seinen Willen bekunden. Die Separatisten kehren es um: der Wille des Volkes steht darüber und definiert, worauf sich die Herrschaft zu beziehen hat. Diese Umkehrung ist von der die Herrschaft ausübenden Seite nichts anderes als Hochverrat. Während die Separatisten bekunden, dass die Opfer der Regierungsgewalt bezeugen, wie sehr sie im Recht sind, sagt die Regierung, nur indem man gegen die Separation vorgehe, könne man den demokratischen Willen des Volkes und das Recht und die Verfassung aufrechterhalten.

Normal ist in der Demokratie, dass die Herrschaft dem, wo sich der Wille des Volkes betätigen darf,

vorausgeht, und das die Basis abgibt, auf der die Leute sich betätigen können. Hier wird umgekehrt gesagt, aus dem Willen des Volkes ergibt sich eine Kritik der Herrschaft, das Recht auf Verweigerung des Gehorsams gegenüber dieser Herrschaft, des Widerstands gegen sie, der sich friedlich nennt, weil die Separatisten sich der Unterordnung verweigern und erst mal keine gewaltsamen Mittel gegen die Herrschaft aufbringen.

Was mit dem Referendum angezettelt wurde, ist eine Abstimmung, die nach dem Gesetz illegal ist und auch von der Zentralregierung so behandelt wird. Die Katalanen sagen, darin drückt sich der Wille des Volkes aus, und das soll das Argument dafür sein, dass es in Ordnung geht. Sie leisten sich den Widerspruch, einerseits etwas zu tun, von dem sie wissen (was auch kein Geheimnis ist), dass es etwas ist, was nach geltendem Recht und Gesetz nicht in Ordnung geht, und berufen sich auf den Willen des Volkes, der das heilen soll, dass sie sich zu Recht über das Recht hinwegsetzen.

— *Was ist der Widerspruch dabei? Ein Katalane hätte jetzt gesagt, genau so ist es!*

— *Die Separatisten setzen sich dadurch ins Recht, dass das Volk den Willen, den es geäußert hat, nicht praktiziert und einen Aufstand macht, sondern dass es diesen Willen der Regierung überantwortet, dass sie ihn vollstreckt.*

Sie präsentieren beide ihren politischen Willen als legitime höhere Rechtfertigung. Die einen mit der Verfassung unmittelbar und die anderen durch die Inszenierung eines Volkswillens, der auch gegenüber der Verfassung Legitimität stiftet.

Es muss noch einmal geklärt werden, wie der Zusammenhang des Willens des Volkes und Recht und Herrschaft in der Demokratie ist, und dass das, was die Separatisten machen, die Umkehrung ist von dem, wie es in der Demokratie zu funktionieren hat und normalerweise funktioniert.

— *In der Demokratie sind die Verhältnisse normalerweise geregelt, da wird gewählt und der Wille des Volkes drückt sich in den Gewählten aus. Hier soll der Wille des Volkes darin bestehen – beauftragt von oben –, den Staat und die neue Ordnung zu schaffen, in dem es dann Volk ist.*

Weshalb die Separatisten sofort anfangen, mit den vorhandenen Gremien eine eigene Verfassung und eigenes Recht in die Welt zu setzen und so das Verhältnis, das sie an der anderen Seite kritisieren, bei sich einzuführen. Wie sie auf den Willen der Leute einwirken und sich das zurecht definieren als Willen des Volkes, das ist der Sache nach der Aufruf zum Ungehorsam gegenüber der Zentralgewalt, die Propaganda dafür, sich hinter das Programm der Separatisten zu stellen. Aber in der Art und Weise, wie sie sich präsentieren, soll der Wille des katalanischen Volkes dafür stehen, dass ihr Vorhaben in Ordnung geht, eigentlich gar kein Gegensatz ist, sondern nur die Ausführung des Willens des Volkes, als ob damit der Gegensatz zur Zentralregierung aus der Welt oder nicht mehr wichtig wäre.

Normalerweise entscheidet eine Wahl nicht über die Herrschaft in dem Sinn: was ist ihr Volk, was ist ihr Territorium und wie weit reicht es? Sondern es stehen Alternativen des Regierens zur Wahl. In Katalonien dagegen soll das demokratische Prozedere - wie der Volkswille sich äußert – eine neue Legalität stiften, also Herrschaft erst begründen.

*

Was für eine Logik haben die Gründe, die von den Separatisten angeführt werden, warum sehen sie sich im Recht?

— *Die Katalanen meinen, dass sie in einer eigenen Herrschaft besser aufgehoben sind. Ihre negativen Erfahrungen in diesem kapitalistischen Spanien führen sie darauf zurück, dass sie keine eigene Herrschaft haben.*

— *In der Öffentlichkeit werden für den Separatismus alle möglichen Gründe abgehandelt: die Historie, die Kultur, die Sprache usw. Es wird so getan, als ob in diesem Referendum den Bestrebungen der Katalanen nach Unabhängigkeit und Identität Raum gegeben wird. Das ist doch nicht das Faktum. Vielmehr hat Puigdemont per Dekret ein Referendum auf die Tagesordnung gesetzt und der Katalane hat ein Kreuz zu machen. Für dies Kreuz wird er seine Gründe haben und doch sind es nur Gründe dafür, eine neue Regierung zu ermächtigen.*

Aber wenn man sich diese Gründe anschaut, kann man auch auf die Logik schließen, die hier unterwegs ist – abgesehen davon, dass sie welche sind, die zu einem Kreuz führen sollen.

— *Die Logik ist: der katalanische Wähler muss für sich Gründe haben, um eine neue Herrschaft zu ermächtigen. Dafür braucht es Material und das ist dann so etwas Abgehobenes wie Sprache, Kultur usw.*

Sie drehen es um und sagen: im spanischen Staat wird unsere Region ständig schlecht behandelt; wir sind die tüchtigsten Spanier und müssen das meiste zum Staatshaushalt beitragen und das wird dann von anderen verpulvert und wir kriegen nichts. Die Separatisten tragen lauter Sachen vor, in denen die Region und damit auch das katalanische Volk von der spanischen Zentralregierung diskriminiert und unterdrückt wird. Jedoch kann das, was sie als Unterdrückung anführen, überhaupt nicht mit dem Zweck 'Unterdrückung' gekennzeichnet werden. Wenn sie bemerken, dass ein Großteil des Steueraufkommens in die Staatskasse fließt und sie dafür keine Gegenleistung kriegen, dann verdankt sich das ganz anderen Gesichtspunkten: z. B. dass der Zentralstaat mit einer Krise fertig werden muss. Oder, wenn die Regionen unterschiedlich entwickelt sind, gibt es Förderprogramme für die unterentwickelten Regionen und die reicheren Regionen stehen für die anderen gerade. Dies ist die Weise, wie ein Staat mit seiner Bevölkerung und den Regionen kalkuliert. Diese Konkurrenz unter den Regionen fügt sich zu einem gemeinsamen Ganzen und sucht einen Kompromiss. Das wird in der Betrachtungsweise der Separatisten in lauter Unterdrückung ihres Volkes durch die Zentralregierung umgedeutet: die ist eine, die sich auf unsere Kosten bedient und uns nicht dient.

— Die Separatisten treten mit dem ganz elementaren Volksbedürfnis, dem Recht auf gute Herrschaft, an. Das sehen sie in Madrid nicht bedient. Für sie gibt es gute Herrschaft nur unter einer eigenen Herrschaft. Die Gründe, die hier besprochen wurden, sind als Belegmaterial vorausgesetzt. Sie bebildern, warum diese fremde Herrschaft dem eigentlichen Volkswillen nicht gerecht werden kann.

Wenn sie ihre Eigenständigkeit in der Sprache oder Geschichte betonen, stellen sie sich immer als unterdrücktes Volk vor. Dies verdankt sich ihrem politischen Zweck, dass sie etwas Eigenständiges wollen, weil sie sich als eigenständig definieren.

Das Beispiel mit der Umverteilung innerhalb der Regionen trägt sich als eine Rechnung vor, nach der man sich dann besser stellt. Das ist eine Übersetzung in: wenn erst einmal eine eigene, katalanische Herrschaft über die Zustände gebietet, dann geht es in Ordnung. Es wird nicht angegeben, wie diese katalanische Herrschaft anders rechnen soll, sondern da drückt sich der Willen aus zu einer eigenen Herrschaft. Das ist ein Übergang, der mit dem Ausgangspunkt nichts zu tun hat, sondern dieser Standpunkt wird an alles herangetragen, was man an Unzufriedenheit zur Kenntnis nimmt und der Böswilligkeit der Zentralregierung unterstellt.

— Dem angeführten Material selber kann man die Rechnung entnehmen, auf die es den Separatisten ankommt. Der Skandal ist die fremde spanische Regierung, welche die Verfügungsmacht über den produzierten Reichtum hat. Diese Macht steht der eigenen Region zu.

Hier muss man unterscheiden: dies ist der Standpunkt derer, die die Regierung des eigenständigen Katalonien anstreben. Deren Agitation zielt auf das Volk und will ihm klarmachen, dass nur eine eigene Herrschaft für den Bürger gut ist. Das heißt nicht, dass das Volk sich vorstellen soll, dass der Reichtum, der in der Region produziert wird, ihm zugute kommt. In der Abstraktion – eigene Herrschaft ist eine gute Herrschaft – kommt nichts von dem vor, wie die Herrschaft zum Volk wirklich steht. Schon diese Vorstellung, Katalonien selber sei der Zweck, sieht von allem ab, wie die Gesellschaft verfasst ist und wie sie auch verfasst bleiben soll.

— Es gibt die Kritik, dass die Leute von allerlei Schäden ausgehen und diese in das Bedürfnis nach einer eigenen Herrschaft übersetzen. Ist das Verhältnis hier nicht andersherum: am Anfang steht die Vorstellung, uns fehlt eine eigene Herrschaft, und von dort gibt es den Übergang bzw. Bebilderung der täglichen Schäden, die sie erleben? Der eigentliche Ausgangspunkt für die Separatisten ist ihr Selbstverständnis als Katalane und ihre Benachteiligung durch die Spanier. Es ist entscheidend, in welcher Reihenfolge man das erklärt: ob man von dem geschädigten Interesse ausgeht und sagt, hier macht der Katalane einen Fehler – oder ob man sagt, das sind katalanische Nationalisten und die subsumieren ihren Standpunkt unter alles, was sie täglich erleben.

Diese Überlegung geht vom nationalistischen Katalanen aus. Der Ausgangspunkt ist aber einer von Politikern, die eine eigene Herrschaft wollen und ihr Volk dafür agitieren. In dieser Agitation für ihren Standpunkt haben sie ihre Überzeugungsmethoden. Es gibt im katalanischen Volk nicht viele, die von vorneherein sagen, wir müssen einen eigenen Staat haben. Es existiert ein politischer Wille von oben zu einer besonderen Herrschaft, der dem Volk durch Kritik an der existierenden Herrschaft verständlich gemacht wird.

Es sind verschiedene Gründe, die für Separatismus präsentiert werden. Alle möglichen Beschwerdepunkte werden auf den Grund zurückgeführt: die Zentralregierung knechtet Katalonien. Als Lösung bietet sich eine eigene katalanische Herrschaft an. Ob es ein Sparprogramm ist, mit dem die Leute verarmt werden, oder ob das der Blick in die Geschichte ist - alles führt zu demselben Ergebnis: eigene Herrschaft.

— Ist das alles dieselbe Kategorie? Das eine sind Sachen wie Kultur, Tänze und Sprache als Bebilderungen der Abstraktion „wir sind Katalanen“. Sie zeugen von der Zufriedenheit mit sich selber als: „wir sind unverwechselbar“. Das andere sind die Schäden und die Übervorteilung der Region. Ihre Selbstzufriedenheit, Katalane zu sein, richtet sich polemisch gegen die Zentralregierung, in deren Rahmen er bisher gelebt hat. Hier fallen ihnen die Schäden als Beispiel dafür ein, wie schlecht es ist, dass Fremde die Herrschaft haben. Eine Zentralregierung wird nicht als das genommen, was sie ist, sondern als Ausdruck von Unterdrückung.

— Das kommt aber als Schluss daher. In der Geschichte gilt eine verlorene Schlacht genauso gut wie eine gewonnene. In jedem Fall bräuchte man einen eigenen Staat: weil man in der verlorenen Schlacht mit Gewalt dem Willen einer fremden Macht ausgeliefert war oder weil sich in einer gewonnenen Schlacht gezeigt hat, wie heroisch der Wille für einen Staat war.

— Im ersten Schritt geht es um Geschichte und katalanische Gemeinsamkeit und im zweiten Schritt wird es polemisch gegen Madrid. Es ist die Eigentümlichkeit, dass mit Sprache oder Geschichte von oben herab agitiert wird, um gegen die Zentralregierung zu sprechen.

Der nationalistische Standpunkt ist nicht damit gut gekennzeichnet, sie hätten eine Geschichte, eine Sprache und eine Kultur. Klar haben sie das. Aber was folgt daraus, dass sie anderes sprechen als die Spanier? Oder dass es Unterschiede gibt in der Art und Weise, wie sie Musik machen oder tanzen? Sie sind stolz auf ihre Art und Weise, wie sie Musik machen oder tanzen - aber das ist erst einmal nur das. Wenn daraus irgendwas folgen soll, dann muss man den nationalistischen Standpunkt daran benennen. Es wird doch zum Argument dafür, dass es eine Regierung braucht, die diesem wertvollen, katalanischen Menschenschlag dient. Das ist das erste, was daran auffällt: es benennt nicht eine Besonderheit, sondern macht den Übergang dazu, es bräuchte eine Regierung, die diesem mit besonderer Sprache und Kultur ausgestaffierten Kollektiv dient. Jede existente Regierung wird daran gemessen, inwieweit sie dem guten Volk dient, und die spanische Regierung wird daran verurteilt. Was die macht, wird nicht nach dem beurteilt, was es ist -Steuerpolitik, Schulpolitik oder anderes - sondern alles, was die macht, wird als schlechter Dienst für das katalanische Volk verurteilt.

— Allgemein formuliert: zu jedem völkischen Gedanken, also diesem abstrakten Kollektiv Volk, gehört notwendig der Wille und das Bedürfnis nach Herrschaft dazu. Genauso gehört zu diesem abstrakten Kollektiv

eine Vorstellungswelt, wie man das konkret anschaulich macht, und mit Folklore, Sprache, Tänzen samt dem entsprechenden Stolz darauf auskleidet. So gibt es überhaupt die gelebten Vorstellungen von der Abstraktion Volk und die stehen immer polemisch zu jedem andern Volk und zu jeder anderen Herrschaft. Die Erfahrungen, die man als Bürger hat, ob es Kapitalismus oder ob es Madrid ist, das ordnet sich dem zu.

Ein folkloristischer Tanz ist für sich nicht polemisch gegen etwas anderes. Erst wenn er zum Charakteristikum eines Volkes, also staatlich definiert wird, bekommt er diesen Gegensatz. Politiker mit einem Willen zur Separation definieren ihr Volk als katalanisches, das sie als einheimische Regierung braucht. Alles, was es in seinem Lebensalltag an Ungemütlichkeiten mitkriegt, wird so erklärt, dass ihm diese eigene Herrschaft fehlt. Natürlich über den Umweg, dass die andere sie schlecht bedient hat. Der Separatismus geht nicht von einem vorhandenen Volk aus, das eine neue Herrschaft beauftragt, sondern es ist umgekehrt: *ein politischer Separationswille definiert sich sein Volk.*

Natürlich ist jede Form dieses Brauchtums auch eine Form des Patriotismus, der auch sehr vielgestaltig sein kann. Hier ist doch der Witz gerade, dass die Berufung darauf, ein besonderes Volk zu sein, gerade in Absetzung zu dem Volkskörper, dem man eigentlich angehört, in Anschlag gebracht wird. Hier liegt die Besonderheit vor – die aus *dem politischen Willen* resultiert –, einen eigenen, souveränen Staat zu schaffen. Dafür wird das Volk mit all seinen kruden Vorstellungen agitiert.

*

Was ist die Sache, die bei diesem Konflikt ausgetragen wird, und in welchem eigentümlichen Verhältnis dazu steht das dafür angewandte Verfahren der Parteien?

Hier stößt der Anspruch der Souveränität des spanischen Staates auf den Rechtsanspruch einer regionalen Regierung. Diese beansprucht für sich selber Souveränität und will das Territorium, das Volk, und die Reichtumsproduktion dem spanischen Souverän entziehen.

— Wenn sich die Separatisten darauf berufen, sie vertreten doch nur den Willen des Volkes, das sei ein anerkanntes Anliegen und darüber müsse man doch verhandeln können, leugnen sie den gegensätzlichen Anspruch, den sie damit gegen den spanischen Staat aufmachen. Dass es hier um Grundlagen des Staatsmaterialismus geht, die für einen Staat alles andere als verhandelbar sind.

Hier tritt also der Anspruch auf souveräne Herrschaft über ein Volk und dessen Territorium zwecks deren Benutzung für die eigene Macht in Gegensatz zu einem konkurrierenden gleichartigen Anspruch und das ist eine knallharte Gewalt-Frage. Das Besondere ist, dass diese Gewaltfrage nicht in der Form ausgetragen wird, dass es einen Aufstand gibt und/oder die Staatsgewalt einmarschiert und die Abtrünnigen erschießt, sondern dass der Streit (bisher) in demokratischen Formen abgewickelt wird. Prinzipiell hat sich jeder Staat für diesen Fall per Verfassung vorbereitet: In Spanien ist es der § 155, der deutsche Staat hat den Notstandsparagraphen („Bundeszwang“), mit dem er einen Aufruhr unterdrückt und so den in der Verfassung vorgesehenen Zustand wieder herstellt, in dem seine Herrschaft als Basis für das, was das Volk zu tun hat, akzeptiert wird.

Die ‚abtrünnigen Katalanen‘ wollen eine Konkurrenz zu dieser Herrschaft aufziehen und dem Zentralstaat Volk und Territorium abspenstig machen. Die Herrschaft der anderen Seite zu untergraben, ist deren Wille – nur in welchen Formen tun sie das, und zwar sowohl der Zentralstaat als auch die Katalanen?

Nochmal zum staatlichen Willen: Wenn er sich auf das Selbstbestimmungsrecht seines Volkes, das ihm die Souveränität gebietet, bezieht, dann ist diese Souveränität (und zwar jede) polemisch gegen ihre Relativierung und in diesem Fall ist aus der Sicht der Separatisten der spanische Staat einer, der die katalanische Souveränität verletzt. Und nach innen sind mit der Souveränität die ganzen Verhältnisse, die in dem Land gelten und unter denen das Volk zu leben hat, festgelegt.

Dass die Gewaltfrage ‚auf demokratische Weise‘ gestellt wird, erklärt nicht den Witz an der Gewaltfrage, von der übrigens jeder der Beteiligten weiß, dass sie ansteht, aber vermeiden will, sich zu dieser Gewalt als Gewalt zu bekennen.

— Tritt da nicht die Demokratie zu sich in Widerspruch? Demokratie heißt doch Ausübung der Herrschaft mit Zustimmung der Beherrschten und an diesem Widerspruch arbeiten sie sich ab.

Deswegen führen sie gerade den Kampf darum, wer die Zustimmung hat. Das Notstandsmäßige auf der Seite der Zentralregierung ist gerade, dass nicht demokratisch zur Debatte gestellt wird, ob Katalonien bei Spanien bleibt oder nicht. Und umgekehrt auf Seiten der Separatisten: Das demokratische Prozedere – mit Inszenierungen der Art: Separationsgesetze machen, ein Referendum durchführen und das Ergebnis feiern, die Wahl gewinnen– soll die Gewaltfrage für sie lösen, indem die Zentralregierung so weit beeindruckt wird, dass sie sich mit den Separatisten ins Benehmen setzt.

Was die Regionalregierung auf die Tagesordnung gesetzt hat – genau das will sie nicht mehr sein: eine Einrichtung, die abhängig ist von der Zentralregierung –, wird von der Zentralregierung behandelt als das, was es ist, nämlich dieser Landesteil will sich der Zentralgewalt entziehen, indem er für sich selber ein Gewaltmonopol reklamiert. Die Infragestellung des Gewaltmonopols der Zentralregierung hat diese entsprechend mit ihren Gewaltmitteln beantwortet: Die Region ist unter Zwangsverwaltung gestellt und die dortige Regierung abgesetzt worden, die Anführer sind verhaftet und wurden wegen „Rebellion“ und „Aufstand“ angeklagt – Straftatbestände, die bis zu 30 Jahren Haft zur Folge haben können. Die Gewaltfrage ist also auf dem Tisch und von der Zentralregierung auf diese Weise beantwortet worden.

Andererseits gab es am Samstag zwei Meldungen: 1.) Rajoy ist nach Barcelona gefahren und hat dort bei einem Auftritt vor seiner Partei Wahlkampf für die im Dezember anstehenden Wahlen gemacht, 2.) 750 000

Leute haben demonstriert und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert. Also auf der einen Seite werden die Leute verhaftet und vor Gericht gestellt, auf der anderen Seite werden die Demonstranten nicht als die Unterstützer der Staatsverbrecher genommen, sondern als ein Teil der spanischen Bevölkerung, denen gegenüber Rajoy als Wahlkämpfer auftritt. Einerseits kennt er also Schwerverbrecher am Staat, andererseits spricht er die Bevölkerung als Wähler an, um sie so darauf zu verpflichten, dass sie sich weiterhin als das Volk aufführen, als das er sie reklamiert, nämlich als Katalanen, die im Dezember zur Wahl gehen, um wieder eine neue Regionalregierung (die natürlich nicht wieder ein Referendum veranstalten darf) zu wählen.

— *Und das Ergebnis dieser Wahl soll nicht wie im Normalfall sein: jetzt entscheidet euch zwischen Alternativen, wählt bestimmte Personen, sondern der ganze Auftrag dieser Wahl ist die Abwahl der Mannschaft, die bisher die Gewalt gehabt hat.*

Nicht zu übersehen ist trotzdem, dass die Seite, die die Härte des Gesetzes anwendet, gleichzeitig so tut, als ob das normale Leben einfach weitergeht und in ihrer Herrschaft ja auch nicht angekratzt ist, weil sie die Zustimmung des Volkes insgesamt hat und darum wie gehabt so weitermachen kann. Bei der anderen Seite ist es dasselbe: Sie sagt nicht, dass sie eine Rebellion mache, sondern, man habe einen Entschluss gefasst, den man nicht an die große Glocke hängen will, sondern eigentlich wolle man nur die Verhandlungen über eine echte Autonomie weiterführen – und das wäre dann Abspaltung. Also auch die sagen: Es steht *nicht* die Gewaltfrage an, sondern was wir machen, ist eigentlich friedlicher Widerstand, der die andere Seite zwingen soll, unserem Recht Rechnung zu tragen.

— *Die Zentralregierung macht doch praktisch klar, dass sie die bessere Form der Lebensbedingungen ist, die den Leuten als ihre Lebensmittel vorgegeben sind. Als Puigdemont die Leute zum zivilen Widerstand aufgefordert hat und dazu, nicht arbeiten zu gehen, hat die spanische Regierung sie zum Gegenteil aufgefordert und dann auch berichtet, was die Leute gemacht haben: sie sind schlicht und einfach arbeiten gegangen. Damit sagen sie doch praktisch: die bessere Lebensbedingung ist die Staatsgewalt der Zentralregierung. Diese hat also diese Unterordnung und die praktische Zustimmung etabliert.*

Und sie geht davon aus, dass diese Zustimmung nach wie vor existiert, obwohl die andere Seite darauf besteht, dass es diese Zustimmung nicht mehr geben soll. Sie sagt zum Beispiel nicht, dass es bei den Wahlen im Dezember um Separation geht, sondern, das sei eine ganz normale Wahl, die eine bessere Regionalregierung installieren soll.

— *Weswegen die (spanische) Volkspartei fordert, dass Parteien, die für die Unabhängigkeit sind, nicht zu den Wahlen zugelassen werden, also der Wille der Parteien wird von der Zentralmacht von vornherein definiert als einer, der nicht für die Separation ist.*

Sie betreiben die Gewaltfragen also so, als wären es keine, jedenfalls zum Teil. Der Gegensatz ist virulent, der geht auch nicht weg und das ist der Widerspruch bei beiden Seiten: Die Zentralregierung behauptet sich als Gewaltmonopol, diesbezügliche Maßnahmen werden getroffen und es wird darauf beharrt, dass das einschließt, dass die Leute ihren ganz normalen Alltag praktizieren, zur Arbeit und im Dezember zur Wahl gehen – einfach von dem Standpunkt aus: die Separation ist verboten und steht deshalb nicht zur Debatte. Von der katalanischen Seite ist es auch das Doppelte: Sie hört ja nicht auf, für ihren Separatismus zu werben und geht davon aus, dass ihre Parteien kandidieren und Stimmen einheimsen und fordert dafür die Leute zu friedlichem Widerstand auf; dieser enthält den Widerspruch, dass damit einerseits der Gegensatz, also die Separationsfrage, offengehalten wird, aber zugleich so getan wird, als ob der darin enthaltene Gegensatz nicht auf gewaltsame Weise durchexerziert werden müsste – als könne man ihn mit vielen demokratischen Aktionen entschärfen.

Dazu kommt, dass die separatistische Seite nicht über die Machtmittel verfügt, die die Zentralregierung als flächendeckendes Gewaltmonopol hat und zum Einsatz bringt – auf der Ebene hat sie nichts entgegenzusetzen. Und es führt nicht weiter, darüber zu spekulieren, ob die Regionalregierung die Polizei in den Kasernen lässt oder nicht – man weiß ja wirklich nicht, wie sich das Ganze weiterentwickelt. Die Gewaltfrage liegt jedenfalls auf dem Tisch und dass sie so betrieben wird, ist auch kein Wunder angesichts des Kräfteverhältnisses. Die Separatisten kalkulieren nicht nur so, dass sie sagen: die Zentralregierung wird es schon nicht so weit kommen lassen, wirklich mit äußerster Gewalt gegen uns vorzugehen, sondern ihre Kalkulationen gehen auch dahin, dass sie sich Unterstützung von außen erhoffen.

*

— *Die Katalanen haben auf eine Unterstützung durch die EU gesetzt und sich für ihren separatistischen Willen eine Anerkennung durch die EU erhofft und gesagt, dass wenn es zu einer Separation kommt, sie in der EU bleiben wollen. Was ein bisschen komisch daran ist: sie sagen doch, dass alles, was sie tun, auf dem Willen des katalanischen Volkes beruhe; das genügt aber nicht, sondern sie brauchen die Anerkennung von außen. Darauf antwortet die EU, dass das eine innerspanische Angelegenheit sei und unterstützen damit Rajoy und geben ihm gegen den Separatismus recht.*

Das ist aber kein Widerspruch auf Seiten der katalanischen Politiker gewesen, dass sie sich an die EU gewendet haben, man kann aber sagen, dass sie eine etwas falsche Vorstellung von dem haben, was die EU ist. Sie berufen sich auf die EU wegen ihrer Schwäche gegenüber der Zentralregierung, die sie durchaus eingestehen – sie können nur mit Rückhalt von außen die Durchsetzung ihres Willens durchsetzen; das ist kein Widerspruch bei denen, sondern sie gehen davon aus, dass die EU sich für das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes einsetzt und berufen sich vielleicht auch noch darauf, dass die EU dieses Recht manchmal als Argument dafür hergenommen hat, um darauf einzuwirken, dass ein Staat zerschlagen wird – Stichwort

Jugoslawien. Die Frage ist jetzt, worin die Katalanen sich täuschen, denn die EU reagiert ja nicht so, wie von ihnen erhofft.

— *Die EU hat kein Interesse daran, dass Spanien als Staat geschwächt wird – sie möchte ein möglichst starkes Mitgliedsland. Sie weiß doch auch, dass es in einigen Mitgliedsstaaten Unabhängigkeitsbewegungen gibt und wenn man den Katalanen recht gibt, muss man diesen Bewegungen in den anderen Ländern auch recht geben und deswegen will sie keinen Präzedenzfall schaffen.*

Ja – die EU gründet sich auf machtvolle Nationen, sie ist ein imperialistisches Subjekt, das sich konstituiert aus Beiträgen ihrer mächtigen Mitgliedsstaaten und insofern hat die EU für einen aufmüpfigen Nationalismus nichts übrig und betrachtet so etwas als Störung.

— *So sehen es die maßgeblichen EU-Mächte und haben diese Linie auch in der EU durchgesetzt. Andererseits gibt es Minderheiten, z.B. in Ungarn, die sehr wohl mit anderen Minderheiten in anderen Ländern kalkulieren – die waren gegen diesen Beschluss. Aber die EU steht eben auf dem Standpunkt, dass es darum geht, als Bündnis souveräner Staaten deren Souveränität zu erhalten und da kommt es vor allem auf die größten Staaten an und da gehört Spanien dazu.*

In dem Programm der EU ist kein Pro oder Contra Separatismus enthalten, sondern das ist ein Programm, das den Nationalismus der großen Staaten definiert als einen Beitrag zu dem, was sich die EU in der Welt vornimmt – so ein Nationalismus nützt der EU. Nationalistische Anwendungen, die sich dagegen stellen und die Gefahr beinhalten, dass ein Staat zerstückelt wird, sind eine Störung dieses EU-Programms.

— *An der Frage: ‚Wie stehen wir als EU zum katalanischen Separatismus?‘ wird quasi ein Quidproquo durchexerziert: Ungarn wehrt sich dagegen, dass die Vorgehensweise der EU wieder mal von deren Hauptmächten, gegen die es sowieso dauernd opponiert, entschieden wird.*

D.h., Ungarn opponiert von seinem nationalen, EU-kritischen Standpunkt aus und kommt von da aus zur Parteinahme für einen nationalistischen Standpunkt, der durch und durch *EU-freundlich* ist. Das ist ja im Fall Spanien der Witz, dass sowohl die Zentralregierung als auch die Separatisten Parteigänger der EU sind und beide für sich in Anspruch nehmen, dass sie mit ihrem jeweiligen Regierungsprogramm am besten innerhalb der EU aufgehoben sind. Dass sich die Separatisten an die EU wenden, hat seinen Grund nicht nur darin, dass sie der Sache nach ihre Perspektive in der EU sehen, sondern auch darin, dass sie darauf zählen, dass sie durch die Anerkennung ihres Rechts auf Eigenständigkeit in die Lage versetzt werden, ihren Anspruch gegenüber der Zentralregierung durchzusetzen. Also die EU soll die Zentralregierung in dem Niedermachen des Separatismus bremsen.

Und auch die Zentralregierung bedient sich der EU, aber eben ganz anders. Als Rajoy auf dem EU-Gipfel auf diese Frage angesprochen worden ist, meinte er, dass er dazu nichts sagen würde, weil das eine innere Angelegenheit Spaniens sei. Dies ist *sein* Rechtsstandpunkt und er fordert von der EU, dass sie ihn darin anerkennt und das heißt auch darin, dass sie anerkennt, dass das, was die anderen treiben, verboten ist und er alles Recht hat, gemäß den inneren Gegebenheiten dagegen vorzugehen. In diesem Sinne setzt auch er auf die Parteinahme der EU. Dass er darauf besteht, das sei eine innere Angelegenheit, ist schon die Zurückweisung, dass die EU das Katalonien-Problem vielleicht als ihre Angelegenheit betrachten könnte. Was er aber schon will, ist deren rückhaltlose Unterstützung seiner Position.

Die EU soll also Partei ergreifen für eine Konfliktseite – das beanspruchen beide Seiten von ihr. Ganz so stellt sich die EU nicht zu der Sache; dass es offenbar gleich ein Fall für sie ist, heißt überhaupt nicht, dass sich das, was die EU will, im Partei Ergreifen für eine Seite erschöpft. Es wurde schon in dem Sinn diskutiert, dass die EU ihre eigenen Gesichtspunkte hat und sich vom Standpunkt der EU-Souveränität aus auf die Sache bezieht. Sie vertritt einerseits den Standpunkt, dass Rajoy im Recht und der legitime Machthaber sei, andererseits hat sie ihn zugleich aufgefordert, den Konflikt einer friedlichen Lösung zuzuführen. Da merkt man den Standpunkt der EU, dass sie auf Spanien als einen starken, geordneten Staat setzt, der einen Beitrag zu einer starken EU leistet und sich nicht in inneren Angelegenheiten verzettelt.

— *Wie steht Belgien zum katalanischen Separatismus?*

Belgien hat auch verschiedene Ethnien, die auch unterschiedliche Sprachen sprechen und unterschiedliche Rechte haben. Insofern gibt es vom offiziellen Belgien nur die Stellungnahme – ganz im Sinne der EU –, dass es einerseits nicht auf der Seite der Separatisten steht, andererseits gab es Sympathiebekundungen von Seiten der Flamen, weil diese selber einen separatistischen Standpunkt innerhalb Belgiens pflegen. Ansonsten wird im Moment geprüft, unter welchen Bedingungen Puigdemont ausgeliefert wird.

Noch eine Anmerkung zum Verhältnis der Katalanen zur EU, weil vorher gesagt worden ist, dass diese sich über die EU täuschen: In den Nachrichten heute ging es darum, dass die EU ihr Verteidigungsbündnis voranbringen will und das heißt einiges in Bezug auf die Souveränität der EU-Staaten, wenn die Abteilung Verteidigung in Brüssel, also bei der EU, vorgebracht wird: das bedeutet nämlich einen Abzug an Souveränität für die einzelnen Mitgliedsstaaten. Und jetzt will Katalonien gerade in die EU, damit seine Souveränität überhaupt zum Tragen kommt und das passt nicht zu dem, was die EU als Verteidigungsbündnis vorhat.

Die Katalanen haben sich in Bezug auf ihre Mitgliedschaft in der EU immer darauf berufen, dass Katalonien eine wirtschaftlich starke Region ist – Katalonien also, wenn es ohne das schlappe Spanien als Klotz am Bein in der EU wäre, es dann zu den wirtschaftlich starken, d.h. dominierenden und insofern auch die europäische Politik mitbestimmenden Staaten gehören würde. Sie stellen sich so zu dem Widerspruch, dass sie sagen, dass ihre Eigenständigkeit einhergeht mit der Einbindung in einen anderen, größeren Zusammenhang namens EU.

Das wollen sie deshalb nicht als Widerspruch sehen, weil sie sich als Katalonien in der Lage sehen, aus ihrer EU-Mitgliedschaft etwas anderes zu machen als Spanien. Sie setzen auf die EU als eine über Spanien stehende Macht, die in ihrem Sinne auf Spanien einwirken kann, umgekehrt empfehlen sie sich der EU als potenziell wertvolles Mitglied, das einiges zu bieten habe.

Nächstes Mal (4.12.): eventuell einen Artikel aus dem neuen GS, auf die jeweiligen web-Seiten schauen.